

Denkschrift

der polnischen
sozialdemokratischen Partei
in Oesterreich

an die

Konferenz der sozialdemokratischen
Parteien der neutralen Länder im Haag



Als Manuskript gedruckt.

Wien 1916

Verlag von  — „Vorwärts“, Wien V

Die Konferenz der sozialdemokratischen Parteien der neutralen Länder soll über die Bedingungen der Wiederherstellung des Friedens in Europa beraten.

Vermöge der Einheit der Grundsätze und Ziele des klassenbewussten Proletariats aller Länder, welche eine neue Bekräftigung auf den Konferenzen in Wien und London gefunden haben, wären die Vertreter der Internationale am ehesten berufen, einverständlich die Bedingungen für einen Friedensschluss und für eine Aktion zu dessen Erlangung zu bestimmen.

Ist ein internationaler Kongress aus welchen Gründen immer nicht möglich, so kann er durch eine Zusammenkunft der Vertreter der neutralen Staaten nicht ersetzt werden. Erstens nehmen die Neutralen in diesem Weltkrieg, dessen Wirkungen und Zusammenhänge, Ansläufer- und Aussichten die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der neutralen Länder berühren und sich mit den Traditionen und Ideologien dieser Länder aufs innigste verflechten, auch Partei für die eine oder andere Seite und urteilen vom Standpunkt ihrer Interessen und ihrer Einsichten. Ferner sind gerade die Volkskreise neutraler Länder in manchem Belange, weil sie nicht durch die Not des Krieges gezwungen waren, eine bestimmte Stellung einzunehmen, weniger geeignet, die durch ein tragisches Schicksal aufgezwungene Stellungnahme der Proletariate der kriegführenden Länder zu verstehen.

Wegen der Natur ihrer Aufgabe muss sich die Tätigkeit der gegenwärtigen Konferenz notwendigerweise in einer bestimmten Richtung bewegen.

Die Konferenz kann sich nicht darauf beschränken, die bekannten allgemeinen Grundsätze der Internationale über das Zustandekommen eines dauernden Völkerfriedens, welche die Herrschaft des Sozialismus zur Voraussetzung haben, nochmals zu verkünden und zu bekräftigen, weil diese Voraussetzung eben noch gegenwärtig fehlt.

Die Konferenz wird es auch unterlassen, die Grundsätze proletarischer Politik für die Sicherung eines dauernden Völkerfriedens in der kapitalistischen Gesellschaft, wie die Aufhebung der stehenden Heere, die Abschaffung der Geheimdiplomatie u. s. w. zu formulieren, weil dies einer während des Krieges nicht möglichen langjährigen Werbearbeit der Arbeiterparteien der einzelnen Länder bedarf.

Die Konferenz kann auch nicht an die sozialistischen Gruppen aller kriegführenden Länder die Forderung richten, ohne Rücksicht auf das Ergebnis des Friedensschlusses, eine Agitation für die sofortige bedingungslose Einstellung der kriegerischen Operationen, für den sofortigen bedingungslosen Abbruch des Krieges zu entfalten. Eine solche Forderung würde der Gefahr ausgesetzt sein, bei diesen Parteien ohne jede Beachtung und ohne jede Wirkung zu bleiben. In den Ländern, in welchen die Sozialdemokratie die Kriegskredite bewilligt,

Aufgabe
der Kon-
ferenz der
sozial-
demokra-
tischen
Partei der
neutralen
Länder.

wie in Deutschland oder in Frankreich, erachtet es jede Partei für ihre Pflicht, in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse, ihr Land und ihr Volk gegen die drohende Fremdherrschaft einer räuberischen, volksfremden Bourgeoisie, welche hinter sich die Mehrheit ihrer Volksgenossen hat und der gegenüber die sozialistische Partei des betreffenden Landes eine Minderheit bildet, zu verteidigen. In Ländern, deren Nationsgenossen nicht von der Fremdherrschaft bedroht sind, wie in Italien oder Russland, verlangt die Sozialdemokratie schon gegenwärtig die sofortige Beendigung des Krieges, ohne jedoch bei der Lage der Dinge einen wesentlichen Einfluss auf die Abkürzung des Krieges oder die Stellung der Regierungen ausüben zu können.

Bei dieser Sachlage kommt es nicht an auf die Richtigkeit und Trefflichkeit der Ansicht der Konferenz betreffs der sofortigen Einstellung der kriegerischen Handlungen; entscheidend ist, dass eine derartige Mahnung gegenüber dem von den sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder verfochtenen und hochgehaltenen Grundsatz der nationalen Unabhängigkeit und der Landesverteidigung im gegenwärtigen Augenblick ohne Wirkung bliebe.

Die Beschlüsse der Konferenz müssen daher, wenn sie Beachtung finden sollen, die konkreten Bedingungen, unter denen ein Friede in Europa geschlossen werden kann und soll, formulieren und hiebei sich auf Grundsätze stützen, welche von allen Kriegführenden anerkannt werden müssen, hinter welchen reale Kräfte stehen, bereit, alles für sie einzusetzen. Als solcher kommt in erster Reihe in Betracht der Grundsatz der nationalen Freiheit und Unabhängigkeit, welcher sowohl die meisten Bürgschaften für einen dauernden Frieden Europas gewährt wie auch dem Interesse der proletarischen Gesamtbewegung entspricht.

Im Zusammenhang hiemit erscheint als eine der wichtigsten Aufgaben der Konferenz, als eine ihrer obersten Pflichten, Stellung zu nehmen zur bedeutendsten und grössten nationalen Frage Europas, zur Frage der Wiederherstellung Polens, zur Frage der Freiheit und staatlichen Unabhängigkeit der polnischen Nation, deren heldenhafter Kampf und deren Märtyrertum ein Jahrhundert dem demokratischen Europa als seine eigene heilige Sache galt und es in Atem hielt, welche dann auf ihrem heimatlichen Boden einen erbitterten Kampf um ihre Existenz gegen Verfolgung und Repressalien geführt hat, bis vermöge der immanenten geschichtlichen Entwicklungstendenzen mit dem Ausbruch des Weltkrieges diese Frage in ihrer Rückwirkung auf die Sicherheit und den Bestand anderer Nationen sowie in ihrer Bedeutung für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat wieder auf die Schaubühne der Weltgeschichte trat und ihre Lösung im einzig möglichen Sinne heischt, — eine Lösung, welche, wenn sie früher erfolgt wäre, trotz aller Irrungen und Wirrungen kapitalistischer Diplomatie diesen Weltkrieg unmöglich gemacht hätte.

Wie Belgien als Grenzland zwischen Deutschland, Frankreich und England erscheint, so ist Polen, auf dessen Boden hauptsächlich der Weltkrieg im Osten ausgefochten wird, das Grenzland zwischen Deutschland, Oesterreich und Russland.

Im Gewühl des Weltkrieges kämpft die polnische Nation, welche alle Voraussetzungen für eine eigene starke Souveränität, für ihre vollste Unabhängigkeit besitzt, auf den blutigen Schlachtfeldern des Ostens um ihre Befreiung von dem Joche der russischen Tyrannei. Dem Willen des polnischen Volkes, den es mit den Waffen in der Hand, durch den opfervollen heldenmütigen Kampf seiner unter den schwierigsten Bedingungen geschaffenen selbständigen nationalen Wehrmacht auch in diesem Kriege vor der Welt bekundet, darf sich eine internationale Tagung des Proletariats nicht verschliessen. Wenn ihr einer internationalen Frage, die wie die polnische mit eisernen Schlägen in diesem Weltkriege um ihre Lösung pocht, zaudernd aus dem Wege geht, werdet Ihr damit auch das Recht verlieren, über Belgien, Serbien oder Montenegro mitzusprechen, ihr werdet dann die Fahne der völkerbefreienden internationalen Sozialdemokratie, die Ihr über euren Beratungen zu hissen glaubt, fallen lassen. Sie bedeutet unser, aber auch Euer Schicksal.

Die Vertretung der Arbeiterklasse dieser Nation, die polnische Sozialdemokratie Oesterreichs, in grundsätzlicher Uebereinstimmung mit der polnischen sozialistischen Partei Preussisch-Polens und Russisch-Polens, wendet sich heute in dieser Frage an euch Genossen, die ihr die sozialdemokratischen Parteien der neutralen Länder repräsentiert.

Damit Ihr das historische Schicksal der polnischen Nation, den Stand und die Bedeutung der Frage im gegenwärtigen Weltkrieg, die Konsequenzen, welche sich hieraus für den Frieden Europas ergeben, und schliesslich ihre Tragweite für die gesamte Internationale, für die Sicherung der Bedingungen für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zu beurteilen vermöget, legen wir Euch in folgendem die Tatsachen vor, die für die Lösung der polnischen Frage bestimmend sind.

* * *

I.

Vor allem kommt die polnische Frage, abgesehen von ihren Verflechtungen und Zusammenhängen mit anderen Problemen, als die rein nationale Frage eines grossen, einige 20 Millionen zählenden Volkes in Betracht.

Bei der Kühnheit mancher sozialistischen Schriftsteller, die Bedeutung der nationalen Frage für die unmittelbaren Interessen des Sozialismus zu leugnen, müssen wir — auf die Gefahr hin, Selbstverständliches zu wiederholen — einige Bemerkungen allgemeiner Natur anführen.

Bedeutung
der nation-
alen
Frage für
das
Proletariat

Wesen und Lösung der nationalen Frage bestehen darin, dass jedes auf einem bestimmten Territorium ansässige Volk, durch Sprache, Charaktereigenschaft und historisches Schicksal in seinem Bewusstsein zu einer Nation verbunden, seine eigene staatliche Organisation besitzen soll. Verfällt ein Volk der Fremdherrschaft, so beeinträchtigt diese Tatsache in schwerer Weise die Entwicklung der Demokratie im herrschenden Volke und bewirkt eine Hemmung jeder

normalen gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit für das beherrschte Volk.

Die besitzende Klasse der herrschenden Nation eignet sich direkt und indirekt einen Teil des Arbeitsproduktes der beherrschten Nation an, lässt an dieser Aneignung weite Kreise der weniger bemittelten Bevölkerung, der Kleinbürger, Bauern und Intelligenz ihres Volkes, teilnehmen, deren Söhnen sie ein privilegiertes Tätigkeitsfeld im beherrschten Lande eröffnet, rechtfertigt durch die Mittel der Gewalt, welche sie im beherrschten Lande anwendet, den Bestand dieser Methoden und dieser Gewalt auch für das eigene Volk und stärkt auf diese Weise die Stellung der besitzenden Klasse gegenüber dem Proletariat im eigenen Lande. Dies alles erzeugt schliesslich vom Gesichtspunkte der sogenannten Macht und Grösse der eigenen Nation eine Ideologie für die Aufrechterhaltung der Gewalt und der Klassenherrschaft.

In weit höherem Masse noch leidet unter der Fremdherrschaft das beherrschte Volk, am stärksten dessen arbeitende Klassen. Die Interessen und die Notwendigkeiten der besitzenden Klassen des herrschenden Volkes werden überwiegend massgebend für die Bestimmung der Daseinsbedingungen des beherrschten Volkes, welchem mit Bedacht, um es in seiner Gewalt zu behalten, die ungehinderte Entwicklungsmöglichkeit, insbesondere auch auf kulturellem Gebiete, genommen wird. Die nationale Unterdrückung stört vor allem in empfindlicher Weise die normale Entwicklung des gesellschaftlichen Klassenkampfes. Die besitzenden Klassen der beherrschten Nation tragen ja keine Verantwortung für die Politik des Landes, die Besitzlosen werden in starker kultureller Verwahrlosung gehalten und müssen oft, um die Möglichkeit einer kulturellen Entwicklung zu erlangen, mit ihren Klassegegnern zusammenstehen.

Alles dies erschöpft bei weitem nicht die Fülle des gesellschaftlichen Unheils, welches die Fremdherrschaft erzeugt. Das soziale Leben ist nämlich psychisches Leben. Jede seiner Reaktionen gegenüber der Aussenwelt wird durch die Sprache vermittelt. Zugleich empfindet das Individuum die nationale Art als seine eigene, als einen Teil seiner selbst. Wenn die Nationsgenossen bei der Betätigung auf verschiedenen Lebensgebieten unmittelbar bei jedem Schritt den Zwang empfinden, wenn die Kinder in der Schule nicht die Möglichkeit haben, in ihrer Muttersprache den Ausdruck für ihre Bedürfnisse und Leiden zu erlernen und mit ihrer Qual als Stumme durch das Leben wandeln; wenn sie als Erwachsene in Amt und im öffentlichen Leben fremde Gewalt empfinden, und nicht ihrem Empfinden und Fühlen in der ihnen eigenen Weise Ausdruck verleihen dürfen; wenn man ihnen ihre Ideologie, die Bejahung ihres sozialen Daseins verbietet, hingegen fremde Art, fremde Charaktereigenschaften und fremde Herrschaft auf Schritt und Tritt mit Gewalt aufdrängt; wenn alle diese ewigen Hemmungen und Fesseln im eigenen Lande sich häufen, steigern, wenn alle Mittel der Entwicklungsmöglichkeiten allen Klassen einer Nation abgeschnitten werden, entsteht in dem Lande ein unerträglicher verzerrter Zustand, welcher eine normale gesellschaftliche Entwicklung und ein normales Leben der Nation und des Individuums hemmt.

Nationale Freiheit ist daher zumindest in derselben Masse wie politische Freiheit ein unumgängliches Erfordernis der Demokratie.

Und diese Welt von Unheil und Unglück von jedem Volk fernzuhalten, hat jede Demokratie und daher auch die Demokratie in ihrer vollendetsten Form, die Sozialdemokratie, den Krieg zur Verteidigung der Unabhängigkeit und der Freiheit der Nation anerkannt und diesem Prinzip durch die Aufnahme der Forderung auf Wehrhaftmachung des ganzen Volkes in das Parteiprogramm seine Sanktion verliehen.

Mit der Unabhängigkeit eines Landes verteidigt das Proletariat die Möglichkeit des ungehemmten geschichtlichen Aufstieges seiner Klasse, die Möglichkeit des Fortschrittes seiner nationalen Gemeinschaft in ökonomischer und kultureller Hinsicht.

Und mit gleicher Kraft wehrt sich das Proletariat gegen Annexionen von nationsfremden Landesteilen, weil diese seine ökonomische, politische und ideologische Stellung gegenüber den herrschenden Klassen, seinen geschichtlichen Klassenkampf, schwächen.

Landesverteidigung und der Kampf gegen Annexionen beruhen auf demselben Grunde. In Ländern, welchen die Gefahr droht, entweder Eroberungen zu machen oder selbst Fremdherrschaft zu erleiden, erfordert der Kampf gegen Annexionen das Eintreten für die Landesverteidigung, denn wer ernstlich gegen Annexionen sich wehren will, muss in erster Reihe trachten, dass sein eigenes Land nicht zum Objekt fremder Eroberung werde, muss daher den Feind von den Landesgrenzen abwehren.

Unzweifelhaft ist dem Kampfe gegen Annexionen und für die Verteidigung des eigenen Landes der Kampf für die Lostrennung eines unterdrückten selbständigen Volkes von einem nationsfremden unterdrückenden Staate gleichzustellen.

In dieser Lage befindet sich heute Polen.

Kein Volk der neueren Geschichte, keine Nation Europas hat ein derart furchtbar tragisches nationales Schicksal wie Polen erlitten.

Mit seiner vor mehr als tausend Jahren im Rahmen der westeuropäischen Kulturgemeinschaft reichgegliederten staatlichen und gesellschaftlichen Organisation schuf Polen im Laufe der Zeit im Osten Städte als Sitze bürgerlicher Freiheit, Gewerbefleißes und Technik, war die Lage seiner Bauernschaft eine erträgliche, die Zahl der zum Anteil an der Regierung berechtigten Ritterschaft eine so bedeutende und weite Kreise der Nation umfassende, dass Polen verfassungsrechtlich sich als eine Republik betrachtete, errichtete es im ganzen weiten Osten ein hochentwickeltes Schulwesen, hatte es im 15. Jahrhundert seine Universität und pflegte Wissenschaft und Literatur auf der Höhe der Zeit. Schon damals brachte ihm seine geographische Lage eine doppelte schwere geschichtliche Sendung: den Ansturm der barbarischen Horden Asiens von Europa fernzuhalten und die Völker des Ostens vor der vom deutschen Ritterorden geführten germanischen Ausrottungskolonisation zu schützen. Auf Grundlage tatsächlicher Gleichberechtigung schloss sich in freiem Bunde Litauen samt Weiss- und Kleinrussland dem polnischen Staatswesen an; Preussen wurde Vasall der polnischen Krone und Städte wie Danzig und Thorn standen unter polnischer Schutzhoheit. Polen reichte von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer.

Die geschichtliche Entwicklung der polnischen Frage.

Durch die Verlegung der Welthandelsstrassen, den hiedurch bewirkten Verfall der Städte und die Festigung der Adelsmacht, durch den Druck auf die Bauernschaft und die fortwährenden Kriege mit Schweden und Türken, vor denen es 1683 Wien rettete, geriet das Reich in Verfall und Anarchie. Am Ende des 18. Jahrhunderts wurde es die Beute der beiden emporgekommenen Militärstaaten Russlands und Preussens, denen sich Oesterreich anschliessen musste. Vergebens raffte sich die Nation zu Reformen auf; ihr Schicksal war entschieden. Der Verlust der Staatlichkeit hatte eine beispiellose Wirkung auf das geistige und seelische Leben des polnischen Volkes. Ein konservativer schwedischer Historiker R. Kjellen meint: „Ein grösseres Verbrechen gegen das Nationalitätsprinzip ist rein formell betrachtet nie begangen worden als damals, da die Teilung Polens geschah. Das Nationalitätsprinzip selbst kann historisch ein Reaktionsphänomen gegen dieses Verbrechen erklärt werden.“

In blutigen Aufständen, die sich nicht auf einige Städte oder Tage beschränkten, sondern den Charakter längerer regelrechter Kriege annahmen, mit einem eigenen nationalen Heere, suchte die Nation ihre Selbständigkeit wieder zu gewinnen. Kosciuszko pflanzte im Jahre 1794 das Banner der bewaffneten Insurrektion gegen das völkermordende Zarat auf und bis heute ist dieses Banner den polnischen Händen nicht entrissen worden. Als Napoleons Stern aufleuchtete, folgten ihm die polnischen Legionen und sein Feldzug von 1812 galt der Wiederherstellung Polens. Sogar am Wiener Kongress im Jahre 1815, wo die absolutistischen Regierungen Europa verteilten, wagte man es nicht, Polen von der Landkarte zu streichen. Polen wurde nach Abtrennung von bedeutenden Landesteilen als ein souveräner Staat mit eigenem Landtag, eigenem Heer, Finanzen, Justiz und Verwaltung anerkannt, seine Grenzen bestimmt (Kongresspolen) und durch eine Personalunion mit Russland verbunden. Diese Personalunion genügte, um im Lande ein System grausamer, nationaler und staatlicher Verfolgung zu inaugrieren, um seine Jugend und seine Frauen zu peitschen und zu foltern, in Zwangsarbeit und Deportation zu schicken. Wieder erhob sich im Jahre 1830 Polen, um seine Ketten abzuschütteln, aber die Wunder persönlicher Tapferkeit konnten gegenüber der übergrossen Uebermacht der Nation nicht die Freiheit bringen. Das entsetzliche Blutbad in der Warschauer Vorstadt Praga machte dem Aufstand ein Ende. Die Nation, dezimiert und verfolgt, konnte den Verlust der Freiheit nicht verwinden. Nochmals griff sie — hauptsächlich Kleinbürger, Proletarier und Intelligenz — im Jahre 1863 zu den Waffen. Verraten vom liberalen Westeuropa, welches Polen mit Versprechungen hinhielt, brach der Aufstand zusammen.

In seinem Brief an die polnischen Sozialisten vom Jahre 1880 erinnert Karl Marx an die Bedeutung dieser Aufstände für die Befreiung Europas. Mit Mühe widerstand die französische Revolution im Jahre 1794 den Koalitionsheeren, da brachte ihr der polnische Aufstand Entsatz. Polen fiel, aber die Revolution war gerettet. Als Zar Nikolaus und der König von Preussen im Jahre 1830 die Juli-revolution ersticken wollten, rettete wieder der polnische Aufstand Frankreich und die demokratische Bewegung Europas. Und wie die

Polen stets in Europa auf allen Schlachtfeldern der Freiheit fochten, so bildete auch der polnische Aufstand vom Jahre 1863 den Ausgangspunkt für die Bildung der Internationale, welche unter der Teilnahme der polnischen Emigranten gegründet wurde. Karl Marx erinnert daran das europäische Proletariat, um den Zusammenhang der polnischen Frage mit der europäischen Demokratie aufzuweisen.

Und neben dem Kampfe mit dem Schwert in der Hand schuf sich die Nation eine gewaltige Waffe für ihren Kampf um die Existenz in ihrer Literatur und Kunst.

Das Zentralproblem der polnischen Literatur, deren lodernde Glut seit 140 Jahren für jede Generation sich aufs neue am nationalen Unglück hoch entzündet und die an formaler Kunstschönheit von keiner Literatur der grossen Nationen Europas übertroffen wird, bildet stets die nationale Befreiung. Malerei, Skulptur und Musik haben denselben schöpferischen Brennpunkt. Polnische Literatur und polnische Kunst, polnische Wissenschaft und polnisches Denken, erscheinen, als die Offenbarung des heroischen Gesamtwillens der Nation, sich vom satanischen Graus der zarischen Hölle zu befreien, die schweren eisernen Tore, welche die lichte Heimat in das düstere Gefängnis wandelten, zu sprengen und einmal noch als Nation frei Atem schöpfen zu können.

Im Sinne dieser politischen und gesellschaftlichen Entwicklung nahm die polnische sozialistische Partei, als sie sich im Jahre 1892 formell konstituiert hatte, trotz des speziell in Polen gegen die nationale Ideologie als eines Bindemittels der Klassen erklärlichen Widerstandes — die Gründung eines unabhängigen, freien, souveränen, polnischen Gemeinwesens als wesentlichen Punkt in ihr Programm auf.

Auf demselben Boden stehen die polnische sozialdemokratische Partei in Oesterreich und die polnische sozialistische Partei in Preussen.

In der Mitte der Neunzigerjahre traten Ereignisse in Erscheinung, welche die Form der polnischen Politik in einem Teile der polnischen Gesellschaft stark beeinflussten. Es war die preussische Polenpolitik. In Preussisch-Polen leben vier Millionen Polen, in vielen Bezirken vermischt mit deutschen Volkselementen. Die von den preussischen Konservativen und Nationalliberalen inaugurierte Ausrottungspolitik des polnischen Elementes, die ihre Spitze im Enteignungsgesetz erreichte, erzeugte eine Panik unter den Polen, eine Angst vor der preussischen Systematik und Organisationskraft, welche die polnische Bevölkerung von ihrem Boden verdrängen könnte. Diese Kreise sahen das polnische Volk von den beiden grössten Militärmächten der Welt angegriffen und fürchteten, dass es nicht unter diesen beiden Mühlsteinen zerrieben werde. Unter dem Einfluss dieser Tatsachen, im Zusammenhang mit dem Erstarken der neuzeitlichen militärischen Machtmittel des russischen Staates, was jeden Versuch eines bewaffneten Aufstandes im vorhinein aussichtslos erscheinen liess, entstand eine Strömung im Bürgertum, den Kampf um die Existenz der Nation den gegebenen Machtverhältnissen anzupassen, um ihn nach beiden Fronten führen zu können. Diese Kreise wollten vorderhand den russischen Staatsrahmen anerkennen und in ihm volle Autonomie für Polen erlangen.

Zugleich kam ein Teil des sozialistischen Proletariates auf Grund der tatsächlichen Notwendigkeiten der praktischen Agitation zu ähnlichen Erwägungen. So lange nämlich das Programm die Losreissung Polens von Russland fordert, behandelten die Schergen des Zarates alle Bestrebungen der Arbeiter um die bescheidensten Forderungen, wie das Recht sich zu versammeln oder eine Krankenkasse zu gründen, — als Hochverrat, was den notwendigen täglichen Kampf ausserordentlich erschwerte, während das Ziel selbst in Friedenszeiten in unerreichbarer Ferne stand und in keinem Verhältnisse zu den Opfern schien. Dieser Teil der polnischen sozialistischen Partei erklärte sich aus Opportunitätsgründen, um bessere Bedingungen für den täglichen Kampf zu gewinnen, für die Autonomie Polens, solange Polen unter russischer Herrschaft bleibt. Diese unter dem Drucke des zaristischen Systems entstandene Ideologie rief den erbitterten Widerstand derjenigen Kreise der Partei hervor, welche in Voraussicht des Krieges unter den Teilungsmächten mit Hintansetzung der notwendigen Forderungen des Tages für das volle nationale Ziele, als für eine Vorbedingung der vollen normalen Entfaltung des Klassenkampfes in Polen eintraten. Diese Tatsachen, wie die Spaltung der Arbeiterschaft, der auf sie ausgeübte Druck, dass sie ihre Ziele herabdrücke, beweisen schlagend, welch ein Unglück die zarische Fremdherrschaft für Polen bildet. Und der Erfolg dieser Politik stachelt das Zarentum zur Fortsetzung seiner Methoden an.

Mit dem Wegfall der Fremdherrschaft fallen die Grundlagen für eine Spaltung des sozialistischen Proletariates weg.

Im Zusammenhange hiemit tauchte die Theorie von der Schwierigkeit der Errichtung eines unabhängigen Polens in der kapitalistischen Gesellschaft auf, und zwar, weil ein bedeutender Teil der polnischen Industrie seinen Absatzmarkt in Russland hat und der Verlust dieser Märkte die Arbeitsgelegenheit in Polen vermindern, die ökonomische Entwicklung schwächen würde. Auch würde ein unabhängiges Polen ohne den Zugang zu den Meeren einen schweren Stand haben. Wenn jene Behauptungen den Tatsachen entsprechen sollten, wie sie ihnen nicht entsprechen, so würde es sich hier höchstens um beachtenswerte handelspolitische Probleme handeln. Aber es wäre ein absurder Wahn und ein schwerer ökonomischer Irrtum, diese Fragen höher zu werten, als die Souveränität und Unabhängigkeit des Landes. Heute bestimmen Polens Bedrücker vom Standpunkt ihrer jeweiligen Interessen das ökonomische Schicksal Polens. Ausserdem haben gerade zahlreiche neuere Forschungen erwiesen, dass die Zahlungsbilanz Polens gegenüber Russland eine passive sei und dass das Land von der zarischen Regierung verwahrlost und ausgesogen wurde. Auch betreibt die russische Regierung seit Jahren systematisch eine raffinierte Tarif- und Zollpolitik zu Ungunsten Polens und zu Gunsten des zentralen Russlands, welche in ihren Folgen, insbesondere auch durch die Verteuerung der Rohstoffe, das Emporkommen vieler Industrien hindert. Die Aufgaben des Wiederaufbaues des Landes und des innern Marktes würden etwaige Verluste von Absatzmärkten mehr als kompensieren. Hierbei ist die Souveränität eines Landes das stärkste ökonomische Machtmittel geeignet, ökonomische Wunden zu heilen und neue Ent-

wicklungsmöglichkeiten zu schaffen; sie steht daher auch ökonomisch in ihrer Rückwirkung auf das Wohl und Wehe des Einzelnen und für die Aufwärtsbewegung der Gemeinschaft höher, wie die einzelnen, sonst äusserst wichtigen handelspolitischen Fragen, deren Lösung eben ihre Aufgabe bildet.

Im Sinne jener Theorie wäre die Entstehung von Spannungen und Gegensätzen zwischen England und Deutschland wegen der gegenseitigen Ausfuhrverhältnisse unmöglich, Serbien hätte eigentlich das Bestreben haben sollen, um die freie Einfuhr der Produkte nach Oesterreich zu erlangen, von Oesterreich annektiert zu werden und die Schweiz mit ihrem Mangel an Rohstoffen und ohne Zugang zu dem Meere hätte überhaupt keine Existenzberechtigung.

Diese Theorie, deren Unrichtigkeit ausführliche, gründliche, detaillierte Untersuchungen neuerer Zeit nachgewiesen haben und die schon von ihren bisherigen Anhängern aufgegeben zu sein scheint, zerstob im Weltkrieg wie ein nächtlicher Spuk*). Gerade der Weltkrieg hat in der polnischen Nation wieder das stärkste Bewusstsein für die Notwendigkeit des Bestandes eines selbständigen polnischen Gemeinwesens wachgerufen.

Der Ausbruch des Weltkrieges unter den Teilungsmächten selbst, obwohl von vielen vorausgesehen, hat dennoch Polen überrascht.

Galizien als ein Teil des Nationalitätenstaates Oesterreich, in welchem es keine herrschende, sondern tatsächlich gleichberechtigte Nationen gibt, befand sich im Genuss nationaler Freiheiten. Hier entfaltet schon früher seit Jahren ohne Wissen der Behörden, polnische Sozialisten Kongresspolens vorbereitende Tätigkeiten für eine bewaffnete Aktion, hier bildete sich unter initiativer Teilnahme der polnischen Sozialdemokratie in Oesterreich eine aus den demokratischen Parteien des Landes bestehende Vereinigung für die Freiheit Polens die sogenannte provisorische Kommission. Und bei Ausbruch des Weltkrieges traten mit Ausnahme des stockreaktionären ostgalizischen Grossgrundbesitzes und seines Anhanges sämtliche Parteien zusammen, bildeten ein oberstes Nationalkomitee und riefen eine selbständige nationale Wehrmacht, die polnischen Legionen ins Leben mit dem Ziele, ein freies, polnisches Gemeinwesen zu begründen.

Preussisch-Polen ist polnisches Grenzgebiet. Die polnische Bevölkerung erwies sich allen Versuchen des preussischen Junkertums, sie zu entnationalisieren, überlegen, ja sie nahm prozentual an Zahl zu. Bei der gegenüber Kongresspolen verhältnismässig geringen Zahl der polnischen Bevölkerung, in einem zum Teil gemischten Siedlungsgebiet ist es augenscheinlich, dass das Schicksal Polens nicht in Preussisch-Polen entschieden werden kann. Ausserdem kann die demokratische Mehrheit des polnischen Volkes die Hoffnung haben, dass infolge der ökonomischen Struktur Preussens und der demokratischen Institutionen Deutschlands die Tage der Herrschaft des preussischen Junkertums gezählt sind und dass die in ihrer Mehrheit demokratische Bevölkerung Preussens, insbesondere dass die Sozialdemokratie in absehbarer Zeit zur Macht gelangt und dann der polnischen Bevölkerung volle nationale Freiheit zuteil werden wird. Ist übrigens neben Preussisch-Polen ein freies polnisches Gemeinwesen erstanden, so

Stand der
Frage bei
Ausbruch
des Welt-
krieges.

werden die Grenzfragen eine befriedigende Lösung im Wege der Vereinbarung finden können.

Den Hauptteil Polens, den Kern der polnischen Lande, bildet Kongresspolen. Russland hat 80 Prozent des polnischen Bodens annektiert und 75 Prozent von dessen Bevölkerung unterjocht. Schwer, unerbittlich und wie ein phantastisches böses Schicksal lastet es auf dem unglücklichen Lande. Die Autonomiebestrebungen kleiner politischer Gruppen haben an dem Empfinden und an dem Verhältnis des Volkes zu seinem Würger und Bedrucker nichts geändert.

Freilich als der Krieg plötzlich hereinbrach, die Bevölkerung ohne Waffen dastand, das Deutschland, welches stets als Bedränger der Polen dargestellt würde, der Hauptgegner Russlands war, als im Laufe eines Monats Russland mit gewaltigen Millionenarmeen berauschende Waffenerfolge erzielte, verhielt sich das Land zunächst zuwartend. Die Nation wünscht volle Unabhängigkeit. Die Wahlen in Warschau in den letzten Tagen haben es dem Blindesten bewiesen.

Konsequenzen
des Weltkrieges.
Die polnische
Frage.

Der Krieg hat eine bestimmte geschichtliche Funktion. Je nach dem Ergebnis eines Krieges werden bestimmte Gebiete samt der Einwohnerschaft anderen Staaten einverleibt, beziehungsweise bestimmte Staaten entrissen, im Zusammenhange hiemit Nationen zerstückelt, unterjocht oder befreit. Die Möglichkeit, dass ein Volk bei den heutigen Machtmitteln des Staates sich in den Friedenszeiten von einem es bedrückenden fremden staatlichen Joche befreie, kann übereinstimmend als ausgeschlossen gelten. Erlangt es seine Freiheit nicht im Zusammenhang mit einem Krieg, in welchen es verflochten wird, so ist sein Los bis zum nächsten Kriege besiegelt und der gegenwärtige Krieg soll der letzte aller Kriege sein.

Wann soll also Polen, dessen Werkstätten zerstört, dessen Fluren zerstampft, dessen Boden mit Blut gedüngt ist, das alle Schrecken des Krieges mehr wie andere Nationen und Länder erfährt, wann soll die polnische Nation mit allen ihren künftigen Generationen, ihrer grossen Kultur und ihren reichen Entwicklungsmöglichkeiten vom zarischen Druck befreit werden, wenn nicht im gegenwärtigen Kriege?

Manche, gleichgültig gegen das Schicksal fremder Nationen oder ohne Kenntnis der Wirkungen der nationalen Bedrückung, verlegen den Zeitpunkt der zu erfolgenden Befreiung Polens bis zum Siege des Sozialismus.

Es ist nicht vereinbar mit den Prinzipien des Sozialismus, in einem Zeitpunkte, in welchem Europa seine Staatenordnung neu gestaltet, eine Nation, welche sämtliche Voraussetzungen für die sofortige Errichtung eines staatlichen Gemeinwesens besitzt, ohne jeden inneren Grund Generationen hindurch der Qual der Unterdrückung und der Hemmung der Entwicklungsmöglichkeiten aussetzen zu lassen, — und seine Freiheit an Bedingungen zu knüpfen, deren volle Ausreifung erst der geschichtlichen Entwicklung anheimfällt. Wo Gewalt und Unterdrückung verschwinden können, sollen sie sofort verschwinden. Das Proletariat kann sich dann leichter höhere Ziele setzen, die Eroberung der politischen Macht beschleunigen.

Die Wortführer des Proletariats der neutralen Länder haben heute nicht die tatsächliche Macht, Polen die Freiheit zu geben. Aber wenn ein grosses Volk der Freiheit harret, wenn diese Befreiung nach

Ansicht der deutschen Regierung und der deutschen Nation sowie im Sinne jeder objektiven Betrachtung auch die Unabhängigkeit der grossen deutschen Nation vor Russlands Eroberungs- und Raubsucht sichert, wenn hiedurch zwei Mächte, welche entweder vereint gegen andere oder sonst gegen einander leicht Krieg führen könnten, geographisch getrennt werden und deren Reibungsflächen verschwinden, wenn durch diese der ethnischen und kulturellen Eigenart entsprechende Gliederung der Nationen in selbständige Staaten eine Garantie für den dauernden Frieden Europas entsteht, da müssen und sollen im Namen aller Prinzipien der Demokratie und des Sozialismus Sozialisten für die Unabhängigkeit dieser Nation, für die Errichtung eines selbständigen polnischen Staates sich erklären.

Angenommen jedoch, Polen solle seinen Auferstehungstag im Zeitpunkt der Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft erleben. Wann kann dieser Tag für Polen eintreten, wenn es dem russischen Imperium einverleibt ist? Glaubt jemand im Ernst, dass das wirtschaftlich-politisch und kulturell um Jahrhunderte gegenüber Westeuropa rückständige Russland um dieselbe Zeit wie Westeuropa die sozialistische Ordnung eingeführt haben wird? Polen als ein Teil des rückständigen Russland muss in Organisations- und Verfassungsfragen dessen Schicksel teilen und es müssten unserer Ansicht nach lange Zeiträume verstreichen, bis Russland jenen Reifegrad hochkapitalistischer Entwicklung in seiner ökonomischen und Bevölkerungsstruktur erlangt, bis dessen Proletariat die soziale und politische Herrschaft antritt, Ein Volk auf den Sieg des Sozialismus in Russland vertrösten, bedeutet, es allen Wechselfällen eines heute nicht absehbaren Schicksals überliefern und kann nicht als eine Antwort auf eine politische Frage gelten, welche im gegenwärtigen Weltkrieg lösbar ist und ihrer Lösung wartet, Polen vom russischen Joch erlöst mit seiner Bevölkerungszahl als freier unabhängiger Staat, wird mit reichen Rohstofflagern, bei der Möglichkeit einer selbständigen ökonomischen Politik, bei einem entwickelten hohen Schulwesen, auf Basis seiner gegenwärtigen reichen hochentwickelten Produktivkräfte und seiner geistigen Kultur eine hervorragende Stelle im Kreise der europäischen Kulturnationen einnehmen. Bei der angeborenen Intelligenz und dem stürmischen Elan, welche dem polnischen Proletariat eignen, wird der Klassenkampf des polnischen Proletariats auf der vollen Breite eines freien Gemeinwesens eine gewaltige Entwicklung erfahren, den geschichtlichen Entwicklungsprozess der Nation beschleunigen und in der Stunde der Entscheidung Polen dem sozialistischen Westeuropa angliedern.

Um dieses Ziel, um die Befreiung Polens vom russischen Joch, kämpft ein Teil des klassenbewussten Proletariats in den Reihen der polnischen Legionen, dieses derzeit möglichen Ausdruckes einer selbständigen nationalen polnischen Wehrmacht und für diese Befreiung ihres Landes von der grausamsten aller Annexionen wirken im Sinne der Uebereinstimmung des nationalen polnischen Ideals mit der Entwicklung des Sozialismus und den Interessen der proletarischen Gesamtbewegung die gefertigte polnische Sektion der Internationale. 2).

Jedoch Polen, für welches Karl Marx und mit ihm Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht und alle diejenigen, welche in seinem

Geiste wahrhaft wirkten, leidenschaftlich gestritten und gebangt haben, welches Europas Revolutionen gerettet hat, diese Nation hat rührige Gegner.

In der historischen Stunde, wo die Nation endlich vom zarischen Joch ihre Befreiung erlangen kann, stemmen sich diese Gegner gegen die Befreiung und wollen Polen mit der dem zarischen Joch adäquaten Formel der Autonomie weiter der barbarischen russischen Autokratie ausliefern.

Für eine jede Nation, insbesondere für eine grosse, ist die Formel einer Autonomie, wenn diese sogar vollkommen wäre, welche die Bestimmung über Krieg und Frieden, über das der Nation entnommene Heer, über seine Zoll- und Handelspolitik den herrschenden Schichten eines rückständigen fremden Volkes, im gegebenen Falle gar dem russischen Zaren übergibt, unannehmbar, ist sie ein Hohn auf den Begriff der Freiheit und Unabhängigkeit einer Nation.

Aber diese anstatt nationaler Unabhängigkeit im Rahmen der russischen Staatsmacht gewährte Autonomie löst sich bei näherer Erörterung in Dunst auf.

Welche Autonomie sollen die Polen erhalten? Die Autonomie, wie sie programmässig von ihren Anhängern unter den Polen und unter den Sozialisten in den letzten Jahren gedacht wurde, also einen Landtag auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes in Warschau mit dem Rechte der Gesetzgebung in allen Fragen, mit Ausnahme der von Krieg und Frieden, Militär-, Finanz-, Verkehrs- und Zollfragen, dann die Selbstverwaltung in Amt und Schule, in nationaler und politischer Beziehung? Oder etwa die russische Autonomie, wie sie die russische Duma und die russische Regierung versteht, das ist, dass bei Beibehaltung des gegenwärtigen Unterdrückungs- und Verfolgungssystems, bei Aufrechterhaltung der russischen Beamtenschaft, deren Zahl in Kongresspolen verhältnismässig neunmal mehr als die im übrigen Russland beträgt, bei Aufrechterhaltung der russischen Sprache in Schule und Amt die Bevölkerung das Recht hätte, nach Kurien Ortsverwaltungen zu wählen und in der Diskussion dieser Körperschaften sich der polnischen Sprache zu bedienen, wobei die Protokolle in russischer Sprache geführt werden müssten. Ein derartiger Schwindel, mit dem Namen Selbstverwaltung, das ist Autonomie, getauft, von der russischen Regierung seit einigen Jahren geplant, kann leicht die Unwissenheit und den bösen Willen Europas über das Schicksal Polens beruhigen. In seinem bekannten Manifest hat der Grossfürst Nikolaus Nikolajewicz für den Fall der Vereinigung sämtlicher polnischer Lande unter russischem Szepter den Polen nationale, sprachliche und religiöse, aber keine politische Autonomie versprochen, folglich dürften die Polen Katholiken bleiben, vielleicht den polnischen Vortrag für einen Teil der Lehrgegenstände in der Schule erlangen, aber das politische System würde ungeändert das alte russische, autokratische bleiben.

Das polnische Volk hätte kein Recht auf Eigenbestimmung sogar in geringfügigen Fragen. Hiezu als weitere Bedingung für die sprachliche und nationale Autonomie die Ausdehnung der Autokratie auch auf jene Teile Polens, welche bis nun sich verfassungsmässiger

Grundrechte, des allgemeinen Wahlrechtes und wie Galizien der nationalen Freiheit wie in einem eigenen Staate erfreut haben.

Und für wie lange soll das Versprechen dauern? Welchen Wert haben offizielle russische Versprechungen überhaupt? Ist Polen nicht feierlich von Europa in einem Staatsvertrag im Jahre 1815 vom Wiener Kongress als souveräner selbständiger Staat mit eigener Verfassung konsterniert worden, ist ihm nicht von Europa seine nationale und politische Freiheit garantiert worden? Und wurden nicht alle diese Versprechungen und Verträge gebrochen, das Volk gefoltert sowie der Freiheit und des Rechtes auf seine Sprache im öffentlichen Leben beraubt, das Land in die zehn „Weichsel-Gouvernements“ verwandelt und zerstückelt, um es leichter russifizieren zu können?

Und welches System von Versprechungen und Lockungen bei gleichzeitiger Anwendung der grausamsten Repressalien wurde nicht ein ganzes Jahrhundert gegenüber allen fremden Nationen von russischen Staate in Anwendung gebracht! Die polnische Geschichte erzählt hierüber Bände: zumindest von jenem Staatsvertrag vom Jahre 1767 an, mit welchem Katharina II. die Integrität der Grenzen des polnischen Reiches verbürgte, bis zur gewaltsamen Ausrottung polnischer Kultur während der Okkupation Galiziens in den Jahren 1914 und 1915.

Welchen Wert hat der Eid des russischen Kaisers auf die Verfassung von Finnland, obwohl Finnland ein kleines friedliches Land ist, nie seine Freiheit im Aufstand aufbegehrt und geduldig im Schatten des Riesenreiches sein Schicksal trug. Wurden nicht seine Gesetze gebrochen, wurden nicht im Jahre 1912 die Mitglieder des höchsten Gerichtshofes, Greise von 70 bis 80 Jahren, nach Russland weggeführt und eingekerkert, weil sie als Richter angerufen, nach den bestehenden Gesetzen die Verfassung als verletzt erklären mussten? Es ist für jeden ersichtlich, welcher Wert und welche Bedeutung einer von Russland versprochenen Autonomie zukommt. In Wirklichkeit ist die den Polen versprochene Autonomie nichts als ein nach russischen offiziellen Methoden geschaffenes Trugbild, um die Hoffnungen der Nation irrezuleiten, die Nation weiter zu spalten, ihre Kraft zu schwächen und das alte System desto tiefer zu befestigen.

Aber man vertröstet uns auf ein liberales Russland. Wir werden die Frage, welche Bedeutung dem Liberalismus in Russland zukommt, im Folgenden in einem anderen Zusammenhang erörtern. Wir wollen hier diesen Punkt anlässlich der Autonomie bloss kurz streifen.

Die russische Bourgeoisie soll also den Polen die Autonomie verbürgen. Niemand, der die geschichtlichen Tatsachen beachtet, wird sich solchen Illusionen über die Rolle der Bourgeoisie bei der Befreiung eines ihrem Staatswesen einverleibten fremden Volkes hingeben.

Die russische Bourgeoisie wird in Russland bei der gewaltigen geographischen Ausdehnung des Reiches, bei der Macht der Autokratie, welche sich auf die gewaltige Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung im Staate stützt, eine äusserst bescheidene Rolle spielen, wenn sie wirklich liberale Anwendungen haben sollte. Hat England nicht

Jahrhunderte lang Irland geknechtet, entvölkert und entnationalisiert und ihm erst Autonomie versprochen, als der Reifegrad der hochkapitalistischen Entwicklung die Demokratie im Innern Englands in einem Masse zur Entfaltung gebracht hat, dass die Störungen, welche Irlands Vertreter dem Parlamentarismus Englands zufügen konnten, den hochentwickelten Mechanismus der inneren englischen Verfassung mit schweren Schäden bedrohten und hat Asquith während des Weltkrieges nicht mit den russischen Parlamentariern gefühlvolle Reden über die Freiheit der Nationen gewechselt, aber zugleich erklärt, dass England und das Zarentum über die Aufteilung der Türkei und Persiens sich schon verständigt haben? Hat die französische Bourgeoisie in den letzten dreissig Jahren nicht ein grosses Kolonialreich zusammengeräubt und zuletzt den souveränen Staat Marokko annektiert? Hat die italienische Bourgeoisie, welcher keine an glitzernden Phrasen über die Zivilisation und die Moral gleichkommt, ohne einen Schatten von Berechtigung Tripolis annektiert und führt sie nicht den Krieg, nicht wegen der italienischen Gebiete Oesterreichs, welche man ihr ausfolgen wollte, sondern um über die Slawen Dalmatiens und über rein deutsche Gegenden Südtirols zu herrschen? Muss sich der deutsche Reichskanzler gegen seine Bourgeoisie nicht wehren, weil er sich noch heute sträubt, sich für die Annexion Belgiens, Nordfrankreichs und Osteuropas auszusprechen? Ja erklären sich nicht belgische Bourgeois und Reformsozialisten für die Annexion von Teilen Hollands und Deutschlands? Will nicht Serbien das kroatische Volk, welches als ein unter westeuropäischem Einfluss entwickeltes katholisches Volk derzeit gegen Serbien gerichtet ist, sowie ganze Landesteile mit ungarischer Bevölkerung annektieren? Und da sollte ausgerechnet die feigste, schwächste, im Annexionschauvinismus sich überschneppende Bourgeoisie des am meisten despotischen Reiches der Welt den Polen eine eigene Verfassung und die Freiheit der Selbstverwaltung gewährleisten?

Welche realen Garantien können die Polen hiefür erlangen? In Wirklichkeit keine.

Erweist sich der Autonomiegedanke für Polen als ein Trugbild, so werden die Schriftsteller hiebei wie in allen anderen Fragen sich auf ihren Irrtum, zu dem sie berufsmässig berechtigt sind, berufen, die Politiker, die versprochen haben, werden auf veränderte Umstände hinweisen oder sie werden verschwunden sein und die Nation bleibt weiter in Knechtschaft und Unterdrückung.

Die Konferenz der sozialdemokratischen Parteien aller neutralen Staaten wird aller Voraussicht nach sich für die Wiederherstellung Belgiens und Serbiens aussprechen. Und mit Recht. Hat die polnische Nation mit den von uns wiederholt hervorgehobenen 24 Millionen Nationengenossen und seiner hohen materiellen und geistigen Kultur nicht dasselbe Recht auf Souveränität und Unabhängigkeit wie Belgien, Serbien und Montenegro? Bei einer Annexion würden Serbien oder Belgien Staaten mit einer verhältnismässig demokratischen Verfassung einverleibt werden. Die Bevölkerung würde ihre Sprache in Schule und Amt behalten und gewisse Grundrechte der persönlichen Sicherheit und Freiheit und Meinungsäusserung geniessen. Man vergleiche mit

diesem Schicksal das tragische Los Polens, das seit einem Jahrhundert unter asiatischem Despotismus seufzt.

Es ist ja nicht anzunehmen, dass die Konferenz sich für die Wiederherstellung Serbiens und Belgiens bloss aus dem Grunde erklären wird, weil hinter diesen kleinen Nationen Russland und England stehen, Russland, welches in Serbien einen gegen Oesterreich-Ungarn feindlichen Vasallenstaat am Balkan behalten, England, weil es in Belgien eine Brücke zum Kontinent haben will. Ein selbständiges Polen bildet ein unumgängliches Erfordernis für die nationale Sicherheit Deutschlands sowie Oesterreichs, beziehungsweise der in ihm vereinigten Nationen gegen die Eroberungssucht Russlands und ein dauernder Frieden in Europa ist daher ohne ein freies Polen unmöglich.

Die Mittelmächte beharren auch bei der Forderung, dass Polen unter keinen Umständen mehr an Russland zurückfalle. Die internationale Wichtigkeit der polnischen Frage für den europäischen Frieden findet ihren beredten Ausdruck in der Tatsache, dass der Krieg der Teilmächte ausschliesslich auf polnischem Boden geführt wird. Nur die räumliche Trennung dieser Mächte, das ist die Schaffung eines polnischen Nationalstaates, kann die stete Kriegsgefahr von Europa bannen und den Zusammenstoss der kollidierenden nationalen, wirtschaftlichen und politischen Interessen dieser Mächte beseitigen.

So stehen das Interesse und die Freiheit der einen Nation in Wechselwirkung mit der Unabhängigkeit der andern. Die Ordnung ihres Verhältnisses bedeutet den Frieden Europas.

Die Konferenz der sozialdemokratischen Parteien kann Polen nicht versagen, was sie anderen zugesteht.

In genauer Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und unter Anerkennung des Rechtes einer grossen Nation auf Unabhängigkeit und Selbständigkeit, als die Bedingung ihrer Wohlfahrt, ihres Aufstieges und der freien Entfaltung ihrer Kräfte sowie in der Ueberzeugung, dass ein freies Polen die Völker Oesterreichs vom Norden her dauernd gegen kriegerische Verwicklungen schützt, hat die deutsche sozialdemokratische Partei Oesterreichs auf ihrer Reichskonferenz in Wien, am 28. März 1916 über Antrag des Genossen Dr. Viktor Adler sich für die Schaffung eines selbständigen unabhängigen polnischen Staates erklärt.

Die erste Internationale hat den Grundsatz proklamiert, dass die einfachen Gesetze der Moral und des Rechtes sowohl das Verhältnis der Individuen wie den Verkehr der Nationen zueinander regeln sollen. Dieser Satz erklärt die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit der Nationen als Selbstzweck. Der Satz enthält aber auch die Aufforderung, keiner Nation etwas zuzufügen oder zuzumuten, was man nicht der eigenen zumuten würde. Mit Ausnahme der grossen amerikanischen kommt keine einzelne der auf der Konferenz vertretenen neutralen Nationen der polnischen an Zahl gleich; keine überragt sie an Intensität des Nationalgefühls. Mögen die Delegierten der sozialistischen Arbeiterparteien bedenken, ob sie unter welcher immer für Bedingungen sich entschliessen könnten, ihre eigene Nation unter die Oberhoheit des russischen Zaren zu stellen, sie dem russischen Imperium einzuverleiben. Und dieser Gedanke und diese Empfindung mögen die

Richtschnur für ihre Entscheidung gegenüber Polen bilden. Nur auf diese Weise kann die Konferenz die politische Rolle und die moralische Bedeutung der Neutralität erweisen.

II.

Das unabhängige polnische Gemeinwesen, eine objektive Sicherung für den Sieg des Sozialismus in Europa.

Die Befreiung Polens bederte jedoch nicht bloss eine Sicherung des europäischen Friedens, sondern sie gewinnt weltgeschichtliches Interesse und Tragweite durch die Tatsache, dass die hiedurch bewirkte Zurückdrängung Russlands auf sein ethnisches Gebiet das westeuropäische Proletariat von der ihm von seiten der russischen Staatsmacht drohenden Gefahr befreit und die Bedingungen für die Verwirklichung der Ziele des Sozialismus sichert.

Kein Geringerer als Karl Marx hat diese Anschauung mit hinreissender Gewalt und mit der vollen Wucht seines Wesens sein Leben hindurch verkündet. Das Hauptziel der marxischen Theorie bildet die Formulierung der Bedingungen für die Erringung der politischen Macht durch das Proletariat. Diesem Ziele dienen alle wissenschaftlichen Aufstellungen Marxens, seine Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus. Von diesem Gesichtspunkt aus erklärt Marx den Kampf gegen die russische Staatsmacht und für die Wiederherstellung Polens als einen Teil des Kampfes um die allgemeine Emanzipation des Proletariates. Diese Anschauung ergibt sich nämlich bei der Betrachtung der ökonomischen und politischen Entwicklung Westeuropas und Russlands und deren gegenseitigen Verhältnisses als eine notwendige Folgerung der ökonomischen Geschichtsauffassung.

Nun haben manche sozialistische Schriftsteller dieses Erbe Marxens über Bord geworfen. Die russische Revolution im Jahre 1905 hätte erwiesen, dass die Gefahr für Europa nicht mehr besteht. Sie haben demgemäss auch ihre Stellung zu den inneren Fragen ihres Landes und den äusseren Tendenzen des Weltkrieges bestimmt.

Unserer Ansicht nach hat gerade der Weltkrieg die Wahrheit der marxischen Anschauung und die Gefahr von seiten Russlands für den Weltfrieden und das Proletariat voll erwiesen.

Im Zusammenhang der von uns angestrebten Wiederherstellung Polens erfordert unsere Behauptung das Anrollen dieser Frage, wenn auch im knappsten Umriss in ihrer Totalität. Und indem wir im folgenden das Verhältnis Russlands zu Westeuropa erörtern, begründen wir unsere Forderung der Unabhängigkeit Polens.

Mit seinen 22 Millionen Quadratkilometern, einem Gebiete dreieinhalbmal so gross wie das übrige Europa, mit seinen 175 Millionen Einwohnern besitzt Russland das grösste geschlossene Herrschaftsgebiet der Erdkugel und ist die grösste Kontinentalmacht der Welt. Seine Herrschaftsform ist die Autokratie.

Das russische Zarentum stellt sich als eine militärische und politische Zentralgewalt dar, welche, wie die antike orientalische Despotie, auf Basis der primitiven Dorfgemeinde errichtet wurde. Während im Westen auf der Grundlage der römisch-griechischen Kulturgesellschaft eine differenzierte gesellschaftliche Entwicklung im engen Rahmen mit intensiver Wirkung auf die Menschen stattfand, alle Klassen und

Stände in mannigfachen Kämpfen rangen, in den Städten Wissenschaft, Philosophie und Freiheitsbestrebungen aller Art sich entwickelten, führte die russische Bevölkerung, eine geduldige, ethnisch und religiös homogene Masse, welche alles Fremde und Unbekannte hasst und deren Gesellschaftskreis nicht über den Kreis ihres Dorfes hinausging, auf der riesigen einförmigen Ebene Russlands, geschützt von der Zentralgewalt gegen inneren Hader und äussere Ueberfälle, infolge des geographischen und gesellschaftlichen Milieus ein Dasein, das man nach dem treffenden Ausdruck Otto Bauers als geschichtslos bezeichnen kann, und es war ein leichtes, diese Masse mit Hilfe eines füsamen Dienstadels in despotischer Gewalt zu erhalten.

Hiebei verstanden die Moskauer Fürsten schon frühzeitig eine auf Geld gegründete feste militärische Macht zu errichten und zu erhalten. Während der Absolutismus in Westeuropa Städte und Technik fördern musste, um Geld für die Aufbringung eines Heeres und die Erhaltung der Zentralgewalt zu erlangen, erhielten die Moskauer Fürsten das zu diesem Zwecke erforderliche Geld durch einen schwungvollen Ausfuhrhandel und verfügten schon damals im Verhältnis zu ihren Nachbarn über ein nach dem jeweiligen Stande der Waffentechnik aufs beste ausgerüstetes Heer. Diese Methode, ausländisches Geld und ausländische Technik für die höchstmögliche militärische Ausrüstung zu verwenden, bildet das Geheimnis der Erfolge und des Bestandes der Autokratie, weil sie auf diese Weise von der Entwicklung der inneren Kräfte der eigenen Gesellschaft zum grossen Teil unabhängig ist und die Möglichkeit erhält, siegreiche Kriege zu führen. Das erklärt auch die Rolle des ausländischen Kapitals in Russland und das Verhältnis der Autokratie zur eigenen Industrie, welche ihr einen Teil des technischen Materials und die qualifizierte Mannschaft für die technische Heeresausrüstung liefert. Diese Tendenz ist im Steigen begriffen. Wohl ist sich die Autokratie der gegensätzlichen Tendenzen der Industrieentwicklung bewusst, aber bei dem derzeitigen Umfang und dem Stande der Industrie steigert diese die militärische Kraft und die organisatorische Herrschaft der Autokratie in einem höheren Masse, als sie sie im gegenwärtigen Stadium durch die sich aus ihr ergebenden Freiheitsbestrebungen schwächen kann. Es müsste noch eine geraume historische Zeitspanne verfliessen, bis die Industrie im Verhältnis zu den anderen ökonomischen Faktoren und Bevölkerungsschichten einen Umfang gewinnt, dass die „Quantität in Qualitätumschlage“.

Diese militärische, politische und — was seinen Ausdruck in der kirchlichen Stellung des Autokraten findet — auch kulturelle Zentralgewalt, welche keine ernstesten Widerstände der inneren Entwicklung zu überwinden hatte und daher schrankenlos in ihrem Machtwillen sein konnte, genährt von Westeuropa mit Geld und Technik, musste ihrem inneren Gesetze nach erobern. Wie jedes Organ durch Uebung sich in Aktivität erhält, so konnte sich die Autokratie nur durch Eroberungen vor Verfall schützen. Diese brachten ihr und den Trägern des autokratischen Mechanismus Macht, Reichtum, Ländereien, Vorteile aller Art und neue Gewalt, lenkten zugleich die inneren Spannungen des Reiches nach aussen ab, indem sie den in Entwicklung begriffenen Kräften ein Tätigkeitsfeld und Machtperspektiven eröffneten. Die un-

erhörte Aktivität der Autokratie, welche der russischen Art und Nation Ansehen und weltgeschichtlichen Glanz verlieh, dem Reiche Mehrung und Macht brachte, nahm gegenüber der passiven Volksmasse einen mystischen Charakter an, das Gattungsmässige im Individuum fand darin seine Verklärung und Erhöhung und damit die Eroberungstendenzen der Autokratie ihre geistige und gefühlsmässige Verankerung in der Seele weiter Volkskreise.

Die einmal gemachten Eroberungen erzeugten neue wirtschaftliche Aufgaben und politische Probleme, welche die Autokratie stets durch neue Eroberungen zu lösen versuchte.

Eine flüchtige Zusammenstellung mag ein ungefähres Bild in dieser Hinsicht geben.

„Unter Iwan dem Schrecklichen wurden erobert die tatarischen Königreiche von Kasan und Astrachan. Dank dieser Eroberung öffnete sich das Wolgatal und der weitere Osten der russischen Kolonisation. Hierauf wurde dank der berühmten Expedition des Briganten-Kosaken Jermak Timophewitsch Sibirien erobert. Dann begann der Marsch der Russen nach dem äussersten Osten. In der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts unter dem Zaren Alexis wurde die Ukraina oder Kleinrussland, welches bisher zu Polen gehörte, mit Russland vereinigt. Unter Peter dem Grossen bemächtigte sich Russland der Ufer des Baltischen Meeres, um derentwegen es Kriege gegen Schweden und Livland führte, Petersburg wurde hiedurch nach Puschkin ein nach Westeuropa geöffnetes Fenster. Selbstverständlich hatte diese geographische Ausdehnung das Wachstum der politischen Macht des Staatsoberhauptes zur Folge. Der autokratische Kaiser, der Herr der Kirche und der Armee, konnte nicht umhin, sich selber als ein irdischer Gott zu erscheinen.“

Nach Peter dem Grossen breitete sich die territoriale Ausdehnung Russlands in rapider Weise aus. Unter Katharina II. bemächtigte sich Russland der Krim und des Länderstreifens zwischen dem Bug und dem Dnjestr. Hierauf, verbunden durch eine Allianz, bewerkstelligten Russland, Preussen und Oesterreich die drei Teilungen Polens, welche Russland Weissrussland, Wolhynien, Podolien, Kurland und Livland brachten. Unter Alexander I. wurden definitiv erworben zehn polnische Provinzen mit Warschau und Lodz, Provinzen, welche bis heute den blühendsten kommerziellen Teil des Reiches bilden. Ebenso geschah unter Alexander I. die Aneignung Bessarabiens und Finnlands. Unter Nikolaus I. breitet Russland seine Herrschaft über das Ostufer des Schwarzen Meeres aus, drang in Zentralasien bis zur Mündung des Sirdaria vor und näherte sich dem linken Ufer des Amur. Unter Alexander II. wurden erobert: Kaukasien, die Gegenden am Amur und Useri, Turkestan mit Taschkent, die Gegenden am Flusse Sariantschau, ein Teil von Chiva, die Region von Fergan und die transkaspische Gegend um Akhab-tekhe. („La Russie moderne“ par G. Alexinski. Paris, 1912, Seite 72 bis 73.)

Diese in ihrer atemlosen und rastlosen Hast in der Weltgeschichte uuerhörten fortwährenden Eroberungen und Zusammenraffungen von Ländern und Unterjochung von Nationen erfordern fortwährende Kriege. Hat Russland nämlich ein Land erobert, so muss

es die neuen Grenzen „sichern“. Diese Sicherungen erfordern neue Kriege und bringen neue Grenzen, welche wieder gesichert werden müssen. Ein Bild russischer Staatsaufgaben in dieser Richtung gewinnt man aus der Denkschrift Kuropatkins an den Zaren nach dem russisch-japanischen Kriege:

„Im Laufe von zwei Jahrhunderten dauerte die Zeit des Friedens für die russische Militärmacht $71\frac{3}{4}$ Jahre. In $128\frac{1}{3}$ Jahren wurden 33 äussere und 2 innere Kriege geführt. Nach den politischen Zielen, zu deren Unterstützung diese einzelnen Kriege unternommen wurden, verteilen sich die letzteren wie folgt: Zum Zweck einer Gebieterweiterung 22 Kriege, die in ihrer Gesamtheit 101 Kampffahre betragen, zum Zwecke der Verteidigung 4 Kriege, die in ihrer Gesamtheit vier-einhalb Jahre ausfüllten, im Interesse der allgemeinen Politik sieben Kriege und zwei Feldzüge, wegen innerer Angelegenheiten zwei Kriege, zwecks Unterdrückung von Aufständen fünf Kriege.“ Unter Nikolaus II. gewann Russland einen Teil der Mandschurei, versuchte Korea zu annektieren, wurde von Japan zurückgedrängt, schlug die innere Revolution vom Jahre 1905 blutig nieder, eroberte hierauf einen Teil der Mongolei und legte seine Hand auf Persien, traf im Jahre 1907 Vereinbarungen zu Reval und Potsdam, hetzte von 1908 an den kleinen Staat Serbien zu Provokationen gegenüber Oesterreich und hatte durch die Verfügung der allgemeinen Mobilisation den Hauptteil der Schuld am Weltkrieg.

Die Eroberungsziele Russlands, seine „Probleme“ in diesem Weltkriege, die von ihm schon früher vorbereitet erscheinen, hat der Führer des russischen Liberalismus, Miljukow, formuliert. Russland will in diesem Kriege erobern: Galizien und die nördliche Bukowina, Ostpreussen, Teile Westpreussens und Schlesiens, Konstantinopel samt Hinterland, das ist die europäische Türkei, Armenien und einen Teil Kleinasiens. Ausserdem wird Nordpersien als weitere Beute von selbst Russland anheimfallen.

Alle diese Ziele stellen sich vom russischen Standpunkt als sogenannte „Notwendigkeiten des russischen Staates“ dar.

Die Getreideausfuhr Russlands muss zum grossen Teil über die Dardanellen, welche sich im Besitze der Türkei befinden, gehen. Im Frieden geht diese Ausfuhr ungestört vor sich. Will Russland sich das Recht des freien Durchzuges für alle Fälle sichern, so kann es die Neutralisierung der Dardanellen, die freie Durchfahrt für jedermann erlangen. Anstatt diesen Weg zu betreten, will natürlich die russische Autokratie die Dardanellen in ihre militärische Gewalt bekommen und mit Berufung auf Herrscherheiraten in vergangenen Jahrhunderten Konstantinopel in ihren Besitz bringen. Russland würde dadurch die kleinen Staaten des Balkans zu seinen Vasallen herabdrücken, den ganzen Balkan und die ihn bespülenden Meere beherrschen.

In dem ukrainischen Problem erblickt das offizielle Russland eine besondere Gefahr. Es verbietet den Gebrauch der ukrainischen Sprache im Amt und Schule und hält mit Gewalt jede Regung ukrainischen, kulturellen Lebens nieder. Im geschichtlichen Prozess entstand auf galizischem Boden eine verhältnismässig starke politische

ukrainische Bewegung, welche jedoch tatsächlich politisch keine Aktion gegen Russland unternommen hat.

Die Freiheit, welche die Ukrainer in Oesterreich geniessen, erscheint für Russland als ein Grund, um Ostgalizien, dessen Grenzen es übrigens weit absteckt, und die nördliche Bukowina zu erobern. Seine grauerregende Ausrottungspolitik würde den letzten Schatten der Ukraina am Horizont Europas bannen.

Aber auch in Ungarn wohnt eine halbe Million Ukrainer. Das wird Russland eine ausgezeichnete Begründung für ein neues Problem, für das weitere Verschieben der Grenze, über die „natürliche Grenze“ der Karpathen hinaus, bieten. Uebrigens schon von den Karpathen aus in Verbindung mit der Herrschaft Russlands am Balkan würde Ungarns Selbständigkeit tatsächlich verschwinden und Russland eine weitere Sphäre seiner Einflüsse insbesondere durch Serbien an der Adria gewinnen. Schon eröffnen sich dem Blicke weitere historische Perspektiven für einen Konflikt mit Italien und alles Andere, was sich daran schliesst.

Russland hat Polen unterjocht. In der polnischen Bevölkerung Galiziens, welche ein freies nationales und politisches Leben führen konnte, lebt der Hass gegen das Zarentum und der Traum von einem selbständigen Polen. Dieser Traum beunruhigt Russland. Mit unerhörtem Zynismus erklärt es daher, es habe die Mission, den Polen die Einheit zu bringen, sämtliche polnische Länder unter seinem Szepter zu vereinigen. Der letzte Rest polnischer Freiheit und polnischer Hoffnungen wäre vernichtet. Wie eine Boa constrictor würde das russische Riesereich die polnische Nation umschlingen und auf ihre Russifizierung hinwirken.

Aber Polen hatte einst unter seiner Oberheit Teile Preussens und Schlesien ist zur Hälfte ein polnisches Land. Hier spielen auch Fragen der militärischen Grenze mit. Russland proklamiert daher die Notwendigkeit der Annexion Polens, Schlesiens, Ost- und Westpreussens. Deutschland würde dann zum Vasallen Russlands.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass dieses Annexionsprogramm des oppositionellen russischen Liberalismus zumindest das offizielle Programm der Autokratie im Weltkriege bildet.

Die Autokratie gibt ihre Kriegsziele, wenn sie sie auch nicht sofort realisiert, nie auf, sie verfolgt sie weiter beharrlich und mit der Weite eines Horizontes, wie sie ein Weltimperium verleiht. Im Jahre 1897, als Russland den Krieg gegen Japan vorbereitete, schloss es ein Abkommen mit Oesterreich. Gegenwärtig verbindet es sich mit Japan behufs Sicherung seiner bisherigen ostasiatischen Eroberungen, um, wie der Minister Sasonow erklärt hatte, für Jahre den Fragen des europäischen Westens sich zuzuwenden; es vergisst jedoch dabei nicht den Grund für neue Eroberungen in China, für einen eventuellen neuen Erwerb riesiger Gebiete zu legen.

In der Tat bedeutet das russische Annexions-Programm in dem Weltkriege chronologisch und pragmatisch eine fortlaufende, an die frühere sich anschliessende Kette neuer gewaltiger, weit ausholender Eroberungen, eine der letzten Etappen der von Russland angestrebten Weltherrschaft, deren Gefahren Karl Marx zu einer Zeit voraussah,

als die Aktivität Russlands noch durch rückständige, ökonomische Fesseln gehemmt war und das Proletariat weit von seinem Endziele zu stehen schien.

Die Realisation dieses Programms bedeutet unmittelbar die Auslieferung einer Hekatombe von europäischen Nationen, in erster Reihe von 20 Millionen Polen, aber auch von vielen Millionen Ukrainern, Deutschen, Türken u. s. w. dem Moloch des Zarates, welches mit seinem erprobten System von Grausamkeiten und Repressalien, Nationen zertrümmert und zermürbt und ihre Entwicklungsmöglichkeiten unterbindet.

Aber die Realisation dieses Programmes bedeutet noch mehr und zwar die Unterwerfung des zersplitterten Westeuropas unter das Diktat des an Land, Menschen und Gewalt übermächtigen Zarates, dessen unmittelbare Einwirkung auf die ökonomische und politische Entwicklung Westeuropas und hiedurch eine schwere Gefährdung sozialistischer Politik.

In diesem Zusammenhang wird nämlich sofort ein Problem und eine Grundfrage proletarischer Politik nach dem Kriege sichtbar, die Frage der Aufhebung der stehenden Heere. Solange die Staaten die stehenden Heere unterhalten, ist der Friede Europas bedroht und die Entwicklung der Demokratie im innern Leben dieser Staaten behindert. Uebrigens würden die Kosten des Unterhaltes der stehenden Heere nach diesem Kriege, den ökonomischen Wiederaufbau des zerstörten Europas, die Entfaltung seiner Produktivkräfte und seiner sozialpolitischen Institutionen beeinträchtigen und den Fortschritt der Arbeiterklasse verlangsamen.

Die Aufhebung der stehenden Heere muss daher eine Grundforderung der Arbeiterklasse werden.

Es kommt jedoch nicht bloss auf das Aufstellen einer Forderung, auf das Bekenntnis zu ihr an, sondern in erster Reihe auf die Herstellung der tatsächlichen Bedingungen, unter welchen diese Forderungen realisierbar wäre.

Eine Nation wird sich für die Aufhebung des stehenden Heeres erklären, wenn sie von ihren Nachbarn keinen Ueberfall zu gewärtigen hat, wenn ihre Freiheit und Unabhängigkeit gesichert sind. Die Aufhebung müsste daher in allen grösseren Staaten, das ist international, erfolgen. Das Verhältnis Frankreichs, Deutschlands und Englands vor dem Kriege, die Ausgleichung ihrer aus der imperialistischen Politik entstandenen Gegensätze im Wege von Vereinbarungen, liess erkennen, dass in diesen Nationen, welche eine verhältnismässig hohe Kulturstufe einnehmen und politische Bildung besitzen, welche zugleich in Europa im Anschluss an ihr Territorium keine bedeutenden, fremden Volksteile annektiert haben, die Friedenstendenzen einen hohen Entwicklungsgrad erreicht haben. Er liess hoffen, dass eine Aufhebung der stehenden Heere und eine Ausgleichung ihrer Differenzen durch ein Schiedsgericht möglich und realisierbar ist. Der tatsächliche und gemeinsame Wille dieser Völker würde in kurzer Zeit dieses Resultat erzwingen.

Ganz anders liegt diese Frage bei Russland. Die übergrosse Mehrheit der Staatsnation bildet die in geistiger Passivität dahinlebende, in Unbildung erhaltene Bauernschaft, die junge, empor-

strebende Bourgoise hat noch in Eroberungen eine Welt an Reichtum zu gewinnen und was die Hauptsache ist: der Staat hält viele Nationen, welche entweder auf einer höheren sozialen und kulturellen Stufe als das russische Volk stehen oder zumindest für eine eigene Staatlichkeit reif sind, unterjocht. Kann Russland, das zarische oder sogar das erträumte liberal-bürgerliche Russland, das stehende Heer aufheben? Würde es nicht Polen, Litauen, Kaukasien, Finnland, eine Menge asiatischer Völker, ja vielleicht unter Zutritt sozialer Gährungen die Ukrainer verlieren? Die Aufhebung der stehenden Heere bedeutet für Russland schon für die innere Daseinsform des Staates den Zerfall des Reiches, den Verlust seiner Weltstellung. Und damit ist die Stellung Russlands zu dieser Frage gegeben. Bei dieser Sachlage könnte jedoch nicht Deutschland seine Heeresorganisation aufheben und an Deutschland reiht sich der Ring der anderen Kulturstaaten an. Die Nationen werden wegen der russischen Staatsmacht den grössten Teil ihrer Mittel für die Wehrhaftmachung verwenden müssen.

Erlangt jedoch Polen seine Unabhängigkeit als souveräner Staat, so wird Westeuropa von der Nachbarschaft Russlands befreit. An seine Stelle tritt ein sozial differenziertes Kulturvolk mit einem hohen Prozentsatz städtischer Bevölkerung und einem reichen politischen Bewusstsein. Die russische Staatsmacht erleidet eine Schwächung. Europa kann sich dann leicht durch ein entsprechendes System, ohne die grossen Kosten des Unterhaltes stehender Heere, gegen Ueberfälle schützen. Eine stürmische, demokratische Entwicklung wäre die unmittelbare Folge dieses Zustandes.

Aenlich wie gegenüber dem im obigen Beispiel gezeigten Falle, wäre die Einwirkung eines siegreichen Russlands, welches Polen in seiner Gewalt behält, auf alle anderen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung Westeuropas.

Diese Stellung Russlands ergibt sich aus der Tatsache, dass die russische Staatsmacht gegenüber Westeuropa ein ökonomisch, politisch und kulturell rückständiges und niederes, jedoch vermöge seiner ausserordentlichen natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen und der Art seiner politischen einheitlichen Zusammenfassung ein mit gewaltiger Macht ausgerüstetes System darstellt, und dass dieses seinem geschichtlichen Stadium nach und daher nach seinen Tendenzen rückständige Staatsgebilde die Möglichkeit hat, auf Westeuropa und dessen Politik aktiv einzuwirken, die Schicksale des höheren gesellschaftlichen Systems entscheidend mitzubestimmen.*)

Diese Tatsache, welche der Normalität unserer Anschauung widerstrebt, welche aber trotzdem nicht minder für Europa schicksalsbestimmende Tatsache bleibt, bildet den tiefsten Grund für die Gefahr, welche von Seiten Russlands dem Sozialismus in Westeuropa droht und die Erkenntnis dieser Tatsache löst jenes geschichtliche Grauen vor der gewaltigen Schicksalsmacht aus, deren immanente Rolle darin besteht, den geschichtlichen Aufstieg der Menschheit und damit alle ihre Ideale mit Vernichtung zu bedrohen.

Hier stehen wir vor dem Kern des ganzen Problems.

Auf dem Grunde der abendländischen Wirtschaft ist im Laufe einer anderthalbjahrtausend langen, einheitlich bestimmten Wirtschafts-

und Kulturentwicklung in Westeuropa ein in seinen Grundgesetzen gleichbestimmtes, trotz der politischen Zersplitterung und geringer Unterschiede in der zeitlichen Entwicklungsstufe, einheitliches Gesellschaftssystem entstanden.

Dieses System befindet sich geschichtlich gegenwärtig im Stadium der Umwandlung in eine sozialistische Wirtschaftsordnung, es enthält die Voraussetzungen für die in absehbarer Zeit einzutretende Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Diese Voraussetzungen sind: 1. Die Kollektivisierung der gesellschaftlichen Produktivkräfte des betreffenden Landes auf hoher technischer Stufenleiter; 2. der Umfang und die Verdichtung dieser Kollektivisation in einem Grade, dass die Aufwärtsbewegung der nationalen Wirtschaft, die Steigerung ihrer Produktivität in der Form individueller Betätigung, welche zugleich den wirtschaftlichen individuellen Aufstieg ganzer Volkskreise bedeuten würde, unmöglich wird und dass die übergrosse Mehrheit der Einzelwirtschaften des Landes nur in der Eingliederung in den kollektivistischen Produktionsprozess ihre gesellschaftliche und individuelle Grundlage finden kann; 3. das Korrelat jener beiden Prozesse, die organisationstechnische (also auch die geistig-kulturelle) Entwicklung und Ausbildung des Proletariates für die ökonomische Beherrschung und Umformung der gesellschaftlichen Produktivkräfte.

Beispielsweise in dem Lande der höchsten Kollektivisation, in den Vereinigten Staaten, scheint infolge der relativ geringen Dichte der Bevölkerung, weil es noch für viele Individuen das Land der unbegrenzten Möglichkeiten ist und sein kann, der Reifegrad für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat noch nicht erreicht.

Von diesem Gesichtspunkt aus springt der Mangel des Bestandes der Voraussetzungen für die Umwandlung Russlands in ein sozialistisches Gesellschaftssystem grell in die Augen. Es hatte eine andere und spätere Wirtschaftsentwicklung wie Westeuropa. Es hatte bis in die Zeit des 17. oder 18. Jahrhunderts überhaupt keine Kultur im Sinne eines selbstgeschaffenen geistigen Lebenskreises der Nation. Die Industriebevölkerung bildet einen geringen Bruchteil der Gesamtbevölkerung des Reiches. Ueber drei Viertel der Bevölkerung bildet die Bauernschaft welche mit primitiven Methoden den Boden bearbeitet und auf einem niedrigen geistigen Niveau sich befindet, mit ihren 130 bis 140 Millionen, die grösste homogene aneinander gesiedelte Bauernmasse, welche die Weltgeschichte je gesehen hat. Der Durchschnitt der Bevölkerungsdichte hat in Russland noch nicht jenen Grad erreicht, welchen Frankreich vor 600 Jahren besass. Wo sollen in einem derartigen Reiche bei dieser Struktur die Voraussetzungen für eine in einer absehbar nahen Zeit mögliche sozialistische Wirtschaftsordnung vorhanden sein? Wohl hat der Kapitalismus in Russland gewaltige Fortschritte gemacht, aber er konnte naturgemäss nur bestimmte Teile der gesellschaftlichen Produktion umfassen und seine Wirkungen erfahren eben bei der gewaltigen geographischen Ausdehnung des Reiches und bei dem gesellschaftlichen Milieu eine starke Abschwächung. Es müssen weite Zeiträume verstreichen, bis die gewaltige Bevölkerungsmasse Russlands eine Struktur wie die

Deutschlands oder Englands erlangt, bis der Kapitalismus in allen Teilen des grossen Gebietes jenen Umfang und Reifegrad wie in den fortgeschrittenen Ländern Westeuropas erreicht haben wird.

Diese Tatsache ist von grundlegender Bedeutung für das gegenseitige Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte Russlands und Westeuropas.

Nun werden gerade die ökonomischen und gesellschaftlichen Wirkungen des Weltkrieges, welcher die organisatorische Zusammenfassung der Produktivkräfte gesteigert und in manchen Ländern kollektive Methoden für die Errechnung des gesellschaftlichen Bedarfs und die Verteilung und den Vertrieb der Produkte geschaffen hat, in den nächsten Jahren nach dem Kriege das Proletariat vor Entscheidungen stellen, welche ihm in den Ländern Westeuropas die politische Macht bringen können.

Der Sieg des Proletariates in Westeuropa, der nach schweren inneren Widerständen erlangt werden kann, ist nur möglich, wenn keine fremde äussere Störung und Einwirkung zuungunsten des Proletariates von seiten einer feindlichen Macht erfolgt.

Die besitzenden Klassen Westeuropas werden zum Schutze ihrer Herrschaft und ihres Eigentums die Hilfe des Zarentums anrufen und Russland wird sowohl, um Westeuropa unter seine Botmässigkeit zu bringen, wie auch im Interesse seiner eigenen Selbstbehauptung diese Hilfe bringen.

Hat nämlich einmal das Proletariat in Westeuropa den Sieg erlangt, so bildet es durch die Herrschaft über die höchstorganisierten Produktivkräfte der Welt die stärkste Weltmacht. Eine derartige Macht bedeutet ihrerseits die stärkste Gefahr für einen Erobererstaat wie Russland. Die unterjochten Völker werden ihr bisheriges Los nicht mehr ertragen, dem russischen Proletariat eröffnen sich Perspektiven für eine rasche stürmische Entwicklung. Dem grössten Raubstaat der Welt droht der Zerfall in seine ethnischen Teile, die militärische Zentralgewalt, die Autokratie würde verschwinden.

Das Proletariat Russlands ist dann in diesem Kampfe zweier Welten auf Tod und Leben, in welchem es sich um die Herrschaftsinteressen der Besitzenden handelt allein noch zu schwach, um die Intervention überhaupt zu verhindern. Denn dann wird das geschichtlich noch junge individualistische Russland hinter seiner Autokratie stehen.

Das westeuropäische Proletariat hat alle Ursache, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, um diese historische aller Wahrscheinlichkeit nach Eventualität zu vermeiden, das Schicksal und den Sieg des Sozialismus nicht von einer abhängig zu machen, eventuellen neuen Entwicklung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Möglichkeiten sondern in seinem und seiner Ziele Interesse im nächsten konkreten historischen Zeitpunkt die Eroberung der politischen Macht zu erringen und auf diese Weise den Sozialismus vor allen Fährlichkeiten zu sichern.

Wie kann sich das Proletariat gegen die ihm von seiten des rückständigen russischen Staatsgebildes drohenden Gefahren schützen?

Manche sozialistische Schriftsteller vermeinen, dieser Schutz sei überflüssig, Russland stehe vor einer neuen Revolution und die Sozialdemokratie könne auf das dann in Russland zur Herrschaft gelangende liberale Regime vertrauen.

Revolutionen treten nur ein, um die in einem Stadium der Volkswirtschaft überlebten Grundeinrichtungen, welche die nach Entfaltung drängenden konkreten höheren Produktivkräfte hemmen, zu beseitigen.

Die Revolution vom Jahre 1905 im eigentlichen Russland war in erster Reihe möglich, weil der Bestand der Obtschina, des bäuerlichen Gemeinbesitzes eine schwere Fessel für die Entwicklung der Warenwirtschaft in dem ungeheuren Reiche bildete, die Gesamtwirtschaft des Landes hiedurch ins Stocken geriet und die Staatsverwaltung desorganisierte. Die allgemeine Unzufriedenheit der Bauernschaft und die Niederlage im japanischen Kriege boten den Anlass zur Erhebung von Proletariat und Bürgertum. Die Autokratie liess sich in der Verwirrung Zugeständnisse abringen. Als das Bürgertum sich wegen der Klassenforderungen des Proletariates von diesem trennte kam bald in Russland die innere Struktur wieder zum Ausdruck und Galgen und Peitsche, Kerker und Deportation begannen wieder ihre Herrschaft. Aber die Regierung beseitigte zugleich die Obtschina, steigerte hiedurch den Ertrag der Landwirtschaft und ermöglichte ihr die Anpassung an die Bedürfnisse der Warenwirtschaft, belliess auf Grund eines reaktionären Wahlrechtes die Duma als Kontrollorgan der ausländischen Gläubiger und gewährte schliesslich dem Proletariat in beruflichen Angelegenheiten einen winzigen Spielraum, damit es seine Kräfte in dem täglich notwendigen Kampfe um die stufenweise Erweiterung des von der Bürokratie stets eingengten Spielraumes verbräuche. Der Bevölkerung wurde kein einziges Grundrecht gewährt, keine Sicherung der Person, keine Freiheit der Presse, der Versammlungen, der Organisation, wegen Zugehörigkeit zur sozialistischen Partei wird man noch während des Weltkrieges zu Kerker und Deportation nach Sibirien verurteilt. Aber zugleich erwiesen sich die wirtschaftlichen Aenderungen der Revolution von 1905 als ausreichend für die Entfaltung der Produktivkräfte. Die Bauernschaft ist beruhigt und das wachsende Landarbeiterproletariat ist passiv und noch nicht organisationsfähig, das Bürgertum machte glänzende Profite und auch die materielle Lage des industriellen Proletariates erfuhr eine Besserung. So konnte die Autokratie, deren tatsächliche Herrschaft unangetastet blieb, gestützt auf das Vertrauen der übergroßen Mehrheit Russlands im vollen Glanze und in der Grösse ihrer historischen Mission in den Weltkrieg eintreten und in Uebereinstimmung mit dem russischen Volke gewaltige Eroberungsziele aufstellen, ein Beweis, dass die Struktur der Volkswirtschaft und die Staatsverfassung bei aller Spannung sich nicht in klaffendem Widerspruch befinden.

Kehrt Russland aus dem Kriege bloss in den alten Grenzen zurück, hat die Autokratie die Grösse Russlands aufrechterhalten oder gar vermehrt, so werden die steigenden Preise der Bodenprodukte der Bauernschaft hohe Profite, Handel und Gewerbe dem Bürgertum glänzende Profitkombinationen in dem an Rohstoffen reichen Lande und

gewaltige Reichtümer bringen, und Russland wird in eine ökonomische Prosperitätsperiode treten. Wo, in welchen ökonomischen Grundeinrichtungen und Tatsachen, sollen für Jahrzehnte hindurch die Grundlagen für eine neue Revolution auffindbar sein? Russland wird seine bescheidenen liberalen Wirtschaftsinstitutionen (Zulassung der Juden zu Aktiengesellschaften und dergleichen), vielleicht auch manche bescheidene politisch liberale Zugeständnisse erhalten, aber die Autokratie wird sich gerade wegen dieser Zugeständnisse bei der nicht so rasch umwandelbaren ökonomischen Struktur des Reiches und bei der Notwendigkeit, die unterjochten Nationen im Staatsrahmen zusammenzuhalten, für Jahrzehnte als die für Russland tatsächlich noch mögliche Herrschaftsform erweisen.

Freilich, Russlands innere Wirtschaft wird sich weiter entwickeln, aber der Klassenkampf des Proletariates in Westeuropa in einem noch viel rascherem Tempo und der Tag, wo jene innere Entwicklung in Russland einst einer geschichtlichen Aenderung zutreibt wird erst viel später eintreten können, als die in Westeuropa heranreifende Entscheidung.

Zudem sind die objektiven Bedingungen für die Herrschaft des Liberalismus und schon gar eines „wahren“ Liberalismus in Russland höchst ungünstig.

In Russland ist die Grossindustrie hauptsächlich ausländischen Ursprunges und dient zur Befriedigung der Bedürfnisse der militärischen Organisation. Auch die heimische Grossindustrie ist wegen ihrer Sucht nach Absatzmärkten und wegen ihres Verhältnisses zur Arbeiterschaft reaktionär, das Verhältnis der städtischen zur Landbevölkerung ein äusserst ungünstiges, die Dichte der Bevölkerung eine minimale, das industrielle Proletariat an Zahl gering und nur das in den städtischen Industrien revolutionär. Die für den Liberalismus in Betracht kommende Schicht des Bürgertums ist äusserst dünn. Könnte der Liberalismus im Jahre 1905 zur Herrschaft nicht gelangen, so fehlen für längere Zeit die objektiven Voraussetzungen für eine liberale russische Regierung, welche wirklich liberale Massnahmen durchsetzen könnte. Der russische Liberalismus ist für seine Bestrebungen auf die Gnade der Autokratie angewiesen und seine Art der Stellungnahme zu den inneren Fragen Russlands bringt das klar zum Ausdruck.

Angenommen jedoch, der Liberalismus kommt in Russland zur Herrschaft, so muss er auf Basis der erwähnten Verhältnisse schwächer, reaktionärer und volksfeindlicher sein als der Liberalismus anderer Staaten, wenn der russische Staat nicht in seine Teile zerfallen soll. Die Demokratie muss nämlich die zentrifugalen Tendenzen des russischen Staates stärken und entwickeln und damit die Einheit und Macht des Staates gefährden. Beispielsweise würde die der einen Nation gewährte Autonomie einen erbitterten Kampf der vielen anderen Nationen Russlands um Autonomie und hierauf um eine Erweiterung dieser Autonomie hervorrufen. Andererseits hat die Bourgeoisie der grossen Staaten im gegenwärtigen geschichtlichen Stadium, in welchem die Grösse und Macht der eigenen Nation auf Kosten der anderen Nationen eine Grundlage für ihre eigene Herrschaft und die Aneignung arbeitslosen Einkommens bildet, die Tendenz, kleinere Nationen zu unter-

drücken und zu entnationalisieren. Es ist daher kein Zufall, dass der liberale Teil des russischen Bürgertums heute alle anderen Bourgeoisien an ausschweifenden Eroberungszielen überbietet.

Weil jedoch inzwischen die russische Autokratie sich zuverlässiger und geeigneter, als eine liberale Partei für den Zusammenhalt des zum grossen Teil aus fremden eroberten Gemeinwesen bestehenden russischen Staates erweist, so ist ihr weiterer Bestand im Falle eines russischen Sieges für absehbare Zeit gesichert, mit ihr jedoch die Aufrechterhaltung stehender Heere, die Gefahr fortwährende Kriege und die Verewigung des tierischen Menschheitszustandes von Gewalt, Raub und Unterjochung.

So gibt es für Westeuropa nur einen Weg, seine Wirtschaft und Politik in Anpassung an den hohen Stand seiner Produktionskräfte und seiner Kultur entwickeln zu können und sie vor Einflüssen der rückständigen russischen Staatsmacht zu schützen: die Wiederherstellung eines unabhängigen freien Polens, welches geographisch Russland von Westeuropa abtrennen würde.

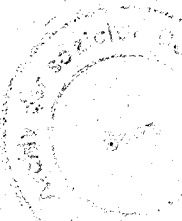
Diese Zurückdrängung Russlands auf einen hauptsächlich auf sein eigenes Volkstum gegründeten Staat wird gerade für Russland selbst jene Wirkungen auslösen, welche die von uns als irrtümlich erwiesene Theorie dem völkerunterjochenden russischen Staat zuweist: den Sturz des für den Zusammenhalt des russischen Staates überflüssigen Zarismus, den Verzicht auf Eroberungen und die Konzentration auf die inneren Aufgaben der fortschreitenden Industrialisierung, Demokratisierung und Hebung des Kulturniveaus der Volksmassen.

Der verhältnismässig nahe Sieg des Sozialismus in Westeuropa und damit die Aussicht auf die Beseitigung der Herrschaft des Menschen über den Menschen wäre gesichert.

Die Sozialdemokratie hat daher vor sich die Alternative: Entweder sie schenkt einer auf noch nicht existenten Voraussetzungen aufgebauten gedanklichen Hypothese über die zukünftige Haltung der bürgerlichen Klasse eines ökonomischen, kulturell sowie politisch rückständigen Staates Glauben, unterlässt jede Sicherung der konkreten Bedingungen, unter welchen das westeuropäische Proletariat seine Emanzipation erringen kann und setzt hiedurch die Politik des Proletariats und die Zukunft der Klasse der Gefahr einer Niederlage aus, oder die Sozialdemokratie erklärt sich für die Schaffung von objektiven Garantien, welche jene Gefahr bannen und zugleich die Befreiung eines grossen Volkes von einer barbarischen Unterdrückung bedeuten, sowie allgemein anerkannte Grundsätze demokratischer und sozialistischer Politik schon gegenwärtig verwirklichen.

Um die Verwirklichung dieser Ziele ist kein neuer Krieg zu führen, sind keine Opfer zu bringen. Der Krieg ist vorhanden, die Opfer sind gebracht und es handelt sich bloss darum, um im gegenwärtigen Augenblick den höchstmöglichen Ertrag der historischen Situation für die Klasseninteressen des Proletariats, für die Entwicklung des Sozialismus und die Freiheit der Völker zu erlangen.

Gerade heute mehr als je gilt gegenüber den Eroberungszielen Russlands in diesem Weltkriege, Eroberungszielen, welche die Welt



Anmerkungen.

1) Selbst die im zweiten Heft des „Vorboten“ abgedruckte Resolution der Gruppe Luxemburg-Radek in Kongresspolen über die Polenfrage erklärt, dass die Produktivkräfte des Landes eine Höhe und daher eine Anpassungsfähigkeit erreicht haben, dass eine Veränderung der Grenzen sie nicht mehr dauernd schädigen kann. Dies bedeutet die Preisgabe des bisherigen im Text schon als irrtümlich erwiesenen Standpunktes sogar durch ihre einzigen Verfechter. Die bedeutenden ökonomischen und statistischen Publikationen, wie die der Warschauer Industriellen und Levys aus letzter Zeit sowie viele andere aus früheren Zeiten, haben diese Frage über jeden Zweifel klargestellt.

2) Die unter 1. erwähnte Resolution, welche jede Vaterlandsverteidigung ablehnt, muss dennoch die Schwere der nationalen Unterdrückung in Polen durch das Zarat konstatieren. Anstatt aber zumindest anlässlich des Krieges die nationale Unabhängigkeit Polens zu fordern, wodurch jede nationale Unterdrückung, ja die ganze nationale Frage für das polnische Proletariat verschwinden würde — weist sie die Unabhängigkeit Polens zurück und will das polnische Proletariat nach dem Krieg unter zarischem Joch für die Erlangung der Autonomie kämpfen lassen. Eine derartige Formulierung bedeutet in der Praxis das Einverständnis mit den Bedrückern. Die Resolution erklärt sich überhaupt gegen die Unabhängigkeit der Völker, denn sie bedeutet die Bildung einer Macht, die auch nach Unterjochung und Unterdrückung fremder Völker streben wird. Die Resolution will daher im Präventivweg ein für allemal die zwanzig Millionen Polen in Knechtschaft belassen, weil sonst die polnische Bourgeoisie selbständig geworden, in Zukunft selber noch kleinere Völker unterjochen könnte, was die Kriegsgefahren stärkt — ein Argument, geeignet, um allen schon unabhängige Nationen aus diesem Grunde die Freiheit zu nehmen. Der polnische Pufferstaat würde eine Militärkolonie der einen oder der anderen Grossmächtegruppen bilden. Das heisst Polen würde ein eigenes Heer besitzen, aber über die Verwendung seines nationalen Heeres — des Volkes in Waffen — würde die eine oder andere Gruppe bestimmen. Aber heute müssen z. B. die Polen in russischen und sibirischen Regimentern dem Zaren gegen ihr Interesse dienen. Diesen Zustand gegen das eigene Heer „des Pufferstaates“ zu vertauschen, erlaubt dieser Gruppe ihr revolutionäres Programm nicht. In dieser Weise folgt in dieser Resolution mit einer verblüffenden Kühnheit im strikten Gegensatz zu den augenscheinlichen Wahrheiten und Notwendigkeiten proletarischer Politik Satz auf Satz und jeder mit der natürlich unbewussten Tendenz, das Zarat zu stärken. Nicht bloss wir, sondern die im Vorboten aus dem „Sozialdemokrat“, dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, abgedruckte Thesensammlung erklärt, dass diejenigen, welche die Forderung der Abtrennung der vom Zarismus unterjochten Nationen von Russland ablehnen, „praktisch den Chauvinismus der Grossrussen sowie den Zarismus unterstützen und dass derartige Parteien Verrat am Sozialismus begehen“. Die Ablehnung der Vaterlandsverteidigung bedeutet im Weltkrieg für den Osten die Auslieferung und Unterjochung Deutschlands, Oesterreich-Ungarns u. s. w. durch das Zarat. In dem Wahnsinn jener Gruppe steckt also Methode, und zwar eine für das Proletariat höchst gefährliche.

3) Die Expansionstendenzen der russischen Staatsmacht bilden einen Widerspruch, einen Gegensatz zum Imperialismus. Unter diesem, wie er in Westeuropa und Nordamerika auftritt, versteht man die Eroberung von aussereuropäischen Gemeinwesen einer minderen Entwicklungsstufe, durch hochentwickelte kapitalistische Staaten oder die Einflussnahme durch diese hauptsächlich zu ökonomischen Zwecken. Der militärische Machtzuwachs von seiten der Bevölkerung dieser Gemeinwesen kommt für den erobernden Staat nicht sehr in Betracht. Anders Russland.

in neue gewaltige Konflikte stürzen würden, als lebendiges, aktuelles, konkretes Programm für die Sozialdemokratie aller Länder der grosse Warnungsruf Marxens aus seinen letzten Lebensjahren an das Proletariat:

„Vor Europa steht eine Alternative: Entweder das asiatische Barbarentum wird unter moskowitischer Führung wie eine Lawine Europa überschwemmen oder Europa muss Polen befreien und sich auf ~~diese~~ Weise durch ein Heer von 20 Millionen Helden vor Asien schützen, bis die Stunde der sozialen Befreiung schlägt.“

Die eisernen Würfel rollen über die Geschehnisse der polnischen Nation und Europas. Nun wohl! Mögen die klassenbewussten Proletarier der neutralen Länder sich der grossen Aufgabe der historischen Stunde gewachsen zeigen und ihre internationale Pflicht gegenüber Polen, einer grossen europäischen KulturNation, und gegenüber dem Sozialismus erfüllen!

In Zusammenfassung unserer Darlegungen ersuchen wir: die Konferenz der sozialdemokratischen Parteien der neutralen Ländern wolle beschliessen:

Behufs Sicherung des Friedens Europas und der Wiederherstellung der vollen freien Entwicklungsmöglichkeit für die polnische Nation, werden das Internationale Sozialistische Bureau und sämtliche ihm angeschlossenen Parteien aufgefordert, für die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates einzutreten und hierfür entsprechende Kundgebungen zu veranlassen.

Der Delegierte der polnischen sozialdemokratischen Partei in Oesterreich, der polnischen sozialistischen Partei Preussisch-Polens und der polnischen sozialistischen Partei Russisch-Polens (Revolutionäre Fraktion) im Internationalen Sozialistischen Büro.